

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Ranjer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18. Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 1.-2. M.
Arbeitervermittlungen 2.-Mk.
Verbandsanzeigen 75 Pf.

Der Reichswirtschaftsrat gegen den Lohnabbau.

Der Reichswirtschaftsrat hat bekanntlich in seiner ersten Tagung einen Antrag Wißell, der auf die volkswirtschaftlichen und sozialen Schädigungen hinweist, welche mit der andauernden Schließung von Betrieben und der Beschränkung der Produktion verbunden sind, einem Ausschuss überwiesen. In einem Unterausschuss, der aus Mitgliedern des sozialpolitischen und des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats zusammengesetzt ist, wurden die hier in Betracht kommenden Momente einer sehr gründlichen Erörterung unterzogen. Wie wir erfahren, hat dieser Unterausschuss seine Beratungen zu einem vorläufigen Abschluß gebracht, nachdem er eine größere Zahl von sachverständigen Unternehmern und Arbeitern aus den verschiedensten Gewerben gehört hat.

Der Unterausschuss, dem neben bekannten Arbeiterführern auch sehr namhafte Vertreter der großen Unternehmerverbände angehören, ist zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Lohnabbau das ungeeignetste Mittel wäre, um die herrschende Wirtschaftskrise zu beheben. Diese hat ihre Ursache in der Unterkonsumtion der breiten Massen, die darauf zurückzuführen ist, daß die Warenpreise eine Steigerung erfahren haben, die weit über die Kaufkraft weiter Volkstriebe hinausgeht. Ein Lohnabbau würde dieses Uebel nicht beheben, sondern nur noch verschlimmern. Es müssen also andere Wege gesucht werden, und der Unterausschuss erblickt diese in einer Senkung der Warenpreise, die sich herbeiführen läßt durch eine Verbesserung der Produktionsmethoden und einer Beschränkung der Rohstoffpreise und der Produktions- und Handelsgewinne. Der Unterausschuss hat sich nicht auf diese allgemeinen Gedankengänge beschränkt, sondern er hat tiefer geschürft, und er macht praktische Vorschläge zur Verwirklichung seiner Anregungen.

Von den Vertretern der Arbeiter ist bisher schon immer wieder darauf hingewiesen worden, daß dies der Weg sei, um aus der herrschenden Krise herauszukommen. Die Gewerkschaften mußten sich energisch gegen kurzfristige Unternehmer und deren Organisations- zur Wehr setzen, die alles Heil in dem Abbau der Löhne erblickten glaubten. Die Bedeutung der Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats (es besteht nämlich kein Grund, daran zu zweifeln, daß dessen Plenum den Beschlüssen des Unterausschusses beitreten wird) liegt darin, daß die hervorragendsten Führer der Industriellen, die vielberufenen Kapitäne der Industrie, der angeedeuteten Auffassung beigetreten sind und ihr Votum gegen den Abbau der Löhne abgegeben haben. In dem Kampfe gegen kurzfristige Unternehmer, die in dem schlechtesten Arbeitsgang die beste Gelegenheit erblickten, die Löhne der Arbeiter zu drücken, wird uns die Entscheidung des Reichswirtschaftsrats als vortreffliche Waffe dienen.

Zunächst handelt es sich freilich nur um eine moralische Unterstützung, die wir von dieser Seite finden. Aber der Entschiedenheit des Reichswirtschaftsrats wird auch praktische Folge gegeben werden müssen. Der Reichswirtschaftsrat hat freilich keine gesetzgeberischen Befugnisse, aber er ist dazu einigsetzt, den entscheidenden Faktoren Anregungen in sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Hinsicht zu geben. Diese Anregungen haben um so größeres Gewicht, als es sich um die übereinstimmenden Ansichten der konkretsten Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter handelt. Man darf deshalb hoffen, daß die Reichsregierung recht bald mit Maßnahmen herauskommt, die sich in der Richtung der vom Reichswirtschaftsrat gegebenen Anregungen bewegen.

Wer ist schuld an den hohen Holzpreisen?

Man schreibt uns:

w. Die Ursache der gegenwärtigen Krise in der Holzindustrie liegt ganz offensichtlich an den märchenhaft hohen Preisen der holzgewerblichen Erzeugnisse, die es der breiten Masse der inländischen Bevölkerung ganz unmöglich machen, diese Waren für die an sich ein großer Bedarf vorhanden ist, zu kaufen. Nachdem nunmehr die Katastrophe eingetreten und namenloses Elend über die ganze Holzindustrie gekommen ist, will natürlich keiner der Schuldigen sein. Die Möbelfabrikanten, die unerschämte Gewinne eingeschmeißelt haben, legen die hohen Preise den Fabrikanten zur Last, diese verweisen auf die ungerechtfertigt hohen Materialpreise, die Holzhändler erklären, das liege an den Wäldern, seien der Waldbesitzer und des Forstfiskus, und diese wiederum versichern, daß nicht sie, sondern die Holzkäufer die Preise gemacht und in die Höhe getrieben hätten.

Da wird nun ein Vorwand bekannt, der ein bescheidenes Licht auf die Sachlage wirft. Im Februar dieses Jahres, als die Rundholzpreise im Walde unvorstellbar hohen Stand erreicht hatten, und als man annehmen mußte, daß das aus diesem Holz zu fertigende Schüttmaterial einen fast phantastischen Preis erreichen würde, daß es ohne Verlust überhaupt nicht abzusetzen sein würde, machte die bayerische Forstverwaltung dem Verein bayerischer Holzinteressenten folgendes Angebot: Sie wollten den Holzinteressentenverein eine Million Feinheter Rundholz zu einem Preise liefern, der festgesetzt werden sollte entsprechend dem Verkaufspreis der Bretter, die aus diesem Holz gewonnen

würden. Das Angebot lief also darauf hinaus, das Konjunkturrisiko vollständig auf die Forstverwaltung zu übernehmen und den Holzinteressenten ein absolut sicheres Geschäft und einen angemessenen Gewinn zu garantieren. Die Holzinteressenten lehnten jedoch dieses außergewöhnlich loyale Angebot mit der Begründung ab, daß es „unkaufmännisch“ sei. Die Motive sind leicht zu durchschauen. Die Holzinteressenten rechneten damit, daß sie trotz der wahnsinnigen Rundholzpreise für das Schnittholz einen noch wahnsinnigeren Preis würden erzielen können, und sie zogen den zu erwartenden Wuchergewinn einem gewiß nicht zu länglichen, aber immerhin begrenzten Gewinn vor, wie er ihnen durch das Angebot garantiert werden sollte. Sie wollten aber auf alle Fälle wuchern, und nur das hielten sie für den richtigen „kaufmännischen“ Standpunkt.

Man hat freilich der jähre Konjunkturschwung den Spekulanten einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht, und sie sitzen wehklagend als betrogene Betrüger auf ihren viel zu teuer eingekauften Holzvorräten. Sie werden aber nicht erwarten dürfen, daß irgendwer mit ihnen Mitleid hat; sie selber wollten das Risiko und werden es nun auch tragen müssen. Und wenn sie dabei Verluste erleiden, und ein Teil ihrer früheren Wuchergewinne wieder zum Teufel geht, so entspricht das eben nur den anerkannten kaufmännischen Usancen, die mit der Gewinnmöglichkeit auch die Aussicht auf Risiko verbinden. Das Allgemeinwohl erfordert augenblicklich eine schnelle und radikale Senkung der Holzpreise, und nichts wäre verfehlter, als sich in dieser Forderung beirren zu lassen durch die Remonstrationen der Interessenten, die dadurch ihre gewinnmüßigen Spekulationen durchkreuzt sehen.

Im Zusammenhang mit den hier mitgeteilten Tatsachen gewinnt ein Aufsatz im Handelsteil der „Post“ vom 19. Juli dieses Jahres erhöhtes Interesse. Dort wird als einer der brauchbarsten Vorschläge zur Hebung der Wirtschaftslage in der Holzindustrie eine Anregung bezeichnet, die der Sägewerksbesitzer Leopold Graser in der Mühlfabrik (Vgl. Geislingen) im „Süddeutschen Industrieblatt“ macht. Diese Anregung geht dahin, daß Wald- und Sägewerksbesitzer auf gemeinschaftlicher Grundlage zusammenarbeiten in der Weise, daß der Waldbesitzer sich gewissermaßen am Sägewerk beteiligt. Angenommen, der Waldbesitzer liefert 100 Feinheter Rundholz, die 70 Kubikmeter Schnittware geben, so beträgt die Anschaffung des Rundholzes 70 Prozent. Werden für die Schnittware 100 000 Mk. gelöst, dann erhält der Waldbesitzer 70 000 Mk., doch sind hieron die Fuhr-, Verlade-, Fracht- und sonstigen Unkosten des Sägers abzuziehen. Der Waldbesitzer erhält außerdem die Hälfte des Reingewinns des noch verbleibenden Holzes im Werte von 30 000 Mk.

Der Verfasser des Aufsatzes in der „Post“, Ingenieur Heinrich Müller in Offenbach, legt von diesem Vorschlag, daß er auf sich von Fall zu Fall regelnde Beteiligung des Waldbesitzers am Sägewerksbetrieb hinausläuft, die den Sägewerksbesitzer finanziell erheblich entlastet und beide Teile vor Schaden bewahrt. Er hält das für eine gesunde Interesseneinigung, die nicht nur dem Waldbesitzer und Säger, sondern auch der gesamten Holzindustrie Vorteile bringen würde. Der Vorteil wäre noch größer, wenn der Industrie und dem Handwerk statt ganz geschmittener Hölzer nur zugeschnittene Hölzer in allen Dimensionen geliefert würden. Dadurch würde sich eine wirtschaftlichere Ausnutzung des Holzes ermöglichen lassen. Dem Waldbesitzer stellt der Grasersche Vorschlag die Aufgabe, in Gemeinschaft mit dem Sägewerksbesitzer der Lagerhalter für die gesamte Holzindustrie zu werden.

Die hier den Wald- und den Sägewerksbesitzern gemeinsam zugewiesene Aufgabe, als Lagerhalter für die gesamte Holzindustrie zu dienen, erinnert ein wenig an die Funktion als „Verteilungsorgan“, welche der Vorschlag unseres Verbandsvorstandes zur Befundung der Holzindustrie dem Holzhandel zuweisen will. Auch der Grasersche Vorschlag geht im wesentlichen darauf hinaus, den Holzhandel seiner heutigen preisbestimmenden Funktion zu entziehen. Wer würde jedoch hier die Fachpresse zu dem Graserschen Vorschlag noch keine Stellung genommen. Bernützlich wird sie sich ihm gegenüber ebenso ablehnend verhalten, wie sie das gegenüber dem Vorschlag unseres Verbandes getan hat. Die Kapitalisten sind gegen Neuerungen, die ihren Profit bedrohen, sehr empfindlich.

Der Grasersche Vorschlag ist besonders deshalb interessant, weil er im Grunde nur die Anregung aufgreift, welche die bayerische Forstverwaltung dem Verein bayerischer Holzinteressenten gemacht hat. Ob zwischen den beiden Anregungen ein innerer Zusammenhang besteht, mag dahingestellt bleiben. Die Bemerkung, daß der württembergische Sägewerksbesitzer von dem Vorschlag, der seinen Vorräten in Holz zu einem bestimmten Erlöse, und daß er den Plan weiterverbreitet, ist unangelegentlich. Man kann auch annehmen, daß sich im Verein bayerischer Holzinteressenten die Ansichten über das Angebot der Forstverwaltung inzwischen geändert haben. Die Vier nach Gewinn macht blind. Solange die Aussicht winkt, im freien Handel große Profite einzuschleusen, erscheint eine Bindung an eine Verpflichtung, die zu erwartenden Gewinn zu teilen, als „unkaufmännisch“. Jetzt, wo Verluste drohen, wird man es wohl mit der kaufmännischen Ehre leichter vereinbar finden, einen solchen Rückversicherungsvertrag einzugehen.

Den Graserschen Vorschlag vermögen wir nicht als das Heilmittel für die Nöte der Holzindustrie anzuerkennen, wohl aber kann man in ihm einen ersten, zaghaften Schritt auf dem Wege zur Besserung erblicken. Mit der Herbeiführung der Interessengemeinschaft zwischen Wald- und Sägewerksbesitzer wäre der Anfang für die auch von uns angestrebte Gemeinwirtschaft gemacht. Ein Anfang allerdings, der nur die Anerkennung eines Prinzips bedeuten würde, ohne daß sich aus ihm schon die wohlthätigen Folgen ergeben könnten, die wir von der vollständig durchgeführten Gemeinwirtschaft erwarten. Die Gemeinwirtschaft darf nicht mit der Herstellung des Schnittholzes aufhören, sie muß auch die weiterverarbeitende Industrie einbeziehen. Sonst droht die Gefahr, daß die Interessengemeinschaft zwischen Wald- und Sägewerksbesitzer ein Instrument zur Bereicherung dieser Faktoren auf Kosten der weiterverarbeitenden Industrie und der Verbraucher wird. Überdies bietet auch die hier vorgeschlagene Interessengemeinschaft keinerlei Gewähr für die wirksame Wahrung der Interessen der Arbeiter in den Sägewerken, deren Wohl uns naturgemäß in erster Linie am Herzen liegt.

Aus den Graserschen Vorschlägen kann man schließen, daß es auch den Sägewerksbesitzern zu dämmern beginnt, daß es ein Fehler war, das Angebot der bayerischen Forstverwaltung abzulehnen. Seine Annahme hätte sie vor den Verlusten geschützt, denen sie nun ausgesetzt sind. Ohne Verluste für die Sägewerksbesitzer ist die notwendige Senkung der Holzpreise nicht zu erzielen. Die Sägewerksbesitzer haben „kaufmännisch“ gerechnet, sie haben in ihre Preise eine anständige Risikoprämie hineinkalkuliert, die sie lange Zeit hindurch als reichlichen Ubergewinn kassieren konnten. Wenn sie diesen unmoralischen, weil auf Kosten der Volkswirtschaft erzielten Gewinn nun wieder herausgeben müssen, dann kann man das nur als gerecht empfinden.

Tarifliche Lohnregelung.

Unter dieser Überschrift haben wir in Nr. 27 der Holzarbeiter-Zeitung die Anregungen besprochen, die Herr Hugo Kükelhaus, der Geschäftsführer des Rheinisch-Westfälischen Tischlerinnungsverbandes, in dessen Organ, „Das Tischlergewerk“, über die Formen für eine friedliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegeben hat. Großen Wert hat Kükelhaus auf eine direkte Verständigung zwischen den Parteien unter Ausschaltung des unparteiischer Schiedsrichters gelegt. In der Nr. 29 des „Tischlergewerk“ sieht sich Kükelhaus in einer längeren Abhandlung mit der an seinen Anregungen geübten Kritik auseinander. Auch hier spielt der „unparteiische Schiedsrichter“ wieder eine große Rolle. Wir halten diese Spezialfrage für minder wichtig und wollen dem, was wir dazu geäußert haben, nichts hinzufügen.

Wichtiger war uns ein anderes Moment. Während Kükelhaus bei den Formen, in denen Lohnvereinbarungen und Tarifverträge abzuschließen sind, nur das Gebiet des Rheinisch-Westfälischen Tischlerinnungsverbandes ins Auge faßt, legen wir den größten Wert darauf, daß Abmachungen getroffen werden, die für das ganze Reich gelten und von allen Unternehmern anerkannt werden. In dieser Hinsicht erscheinen uns einige Bemerkungen in den neuerlichen Auslassungen im „Tischlergewerk“ beachtenswert. Kükelhaus schreibt: „Es muß anerkannt werden, daß die Arbeitgeberhaft im Holzgewerbe ihrerseits auf Bereitstellung einer tauglichen Gesamtorganisation hinzuwirken verpflichtet ist. Diese Bestrebungen sind auch im Gange. Es wäre meines Erachtens jedoch zu raten, die gegenwärtige Tendenz in den Organisationsbestrebungen der Arbeitgeber nicht künstlich zu beschleunigen. Sie zielen ab auf einen organischen Aufbau der Arbeitgeber-Fachorganisation von unten nach oben und ihren Abschluß innerhalb je eines Landesgebietes. Die Landesverbände werden dann zu einer Reichskartell-Zentrale des Holzgewerbes zusammenwachsen und ihr ein festes Gefüge mit wohl-erwogenen Funktionen geben.“

Diese Andeutungen über im Gange befindliche Bestrebungen zur organisatorischen Zusammenfassung der Arbeitgeber des Holzgewerbes berechtigen zu der Annahme, daß die beschlossene Neugliederung des Arbeitgeber-Schulverbandes für das Deutsche Holzgewerbe mit diesen Plänen zusammenhängt. Für die Schaffung eines Partners, der ausreichend legitimiert wäre, einen Tarifvertrag für das gesamte Holzgewerbe mit uns abzuschließen, würde jedoch die Umgestaltung des Schulverbandes nicht ausreichen, denn ein sehr beträchtlicher Teil der Unternehmer des Holzgewerbes gehört dieser Organisation nicht an. Die wiedergegebenen Andeutungen lassen aber darauf schließen, daß noch anderweitige Bestrebungen zur organisatorischen Zusammenfassung der Arbeitgeber des Holzgewerbes im Gange sind.

Mit dem Zusammenstoß der Unternehmer ist eine Macht-erweiterung verbunden. Wir verkennen keineswegs, daß jede Stärkung des Gegners unsere eigene Stellung erschwert. Trotzdem würden wir es als einen Fortschritt begrüßen, wenn wir es künftig beim Vertragsabschluss mit einer Beteiligung der Unternehmer des deutschen Holzgewerbes zu tun hätten, die wirklich berechtigt ist. Diese Bestrebungen sind im Anbruch zu nehmen. In dieser Hinsicht macht jedoch Herr Kükelhaus einige Bemerkungen, die geeignet sind, seine oben wiedergegebenen Äußerungen merklich abzuschwächen. Er

lagt: „Für alle Beteiligten wird es Vorteile mancher Art bringen, wenn innerhalb eines jeden Landesteiles die Arbeitgeber-Fachorganisation in gesunder Selbstverwaltung ihrer Heimat sich betätigt, u. a. auch durch Abschluß eines Landesarbeitsvertrages.“ Er führt dann weiter aus, daß die Rheinländer und Westfalen es ablehnen, ihre Einrichtungen anderen als Vorbild zu empfehlen, sie haben aber auch keine Neigung, irgendeiner Zentralorganisation anzuvertrauen, daß sie unser Arbeitsvertragswesen regelt... Die Gefahr, unseren Weg des Fortschritts durch fehlerhafte Verbindung mit Organisationen anderer Landesteile zu schwächen, wollen wir nicht auf uns nehmen.“

Diese Erklärungen, die recht positiv gehalten sind, im Gegensatz zu den vorherigen unbestimmten Äußerungen über die im Gange befindliche Zentralisierung, zeigen den Unterschied, der zwischen unserer Auffassung und der von Mittelhaus liegt. Wir halten einen Reichstarifvertrag als erstrebenswert, der auf beiden Seiten von Organisationen getragen wird, welche die große Masse der Berufsangehörigen hinter sich haben. Innerhalb dieses Reichstarifs könnte den beiderseitigen Landesorganisationen, möge man diese nun, wie bei uns, Gauen nennen, oder möge es bei den Unternehmern Landes- oder Provinzialverbände sein, die Möglichkeit einer selbstständigen Betätigung gegeben werden. Sie könnten z. B. innerhalb des durch den Reichstarifvertrag gegebenen Rahmens die Löhne für die einzelnen Orte festsetzen, d. h. die Orte auf die Lohnklassen des Reichstarifs verteilen; sie könnten das Schlichtungsweisen in der Praxis regeln usw.

Anderes sind die Ziele, die Mittelhaus vorschweben. Er will für seinen Provinzialverband im Hinblick auf das Vertragswesen und konsequenterweise erst recht für dessen sonstige Betätigung völlige Selbstbestimmung. Wenn jede andere Provinzial- oder Landesorganisation den gleichen Anspruch erhebt, dann könnte es leicht dahin kommen, daß wir statt eines einheitlichen Reichstarifvertrages eine hunte Musterkarte von Verträgen bekommen. Die Zentralisierungsbestrebungen der Unternehmer würden dann nicht darauf abzielen, einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen für das ganze Reich zu schaffen, sondern es wären Maßnahmen zur Bildung eines Schutz- und Trutshündnisses der Unternehmer im Kampfe gegen unseren Verband.

Wir brauchen uns den Kopf über die eigentlichen Ziele der Unternehmer bei ihren Reorganisationsbestrebungen nicht zu zerbrechen. Es ist kaum nötig, zu wiederholen, daß zwischen Unternehmern und Arbeitern unüberbrückbare Gegensätze liegen. Das gute Recht der Unternehmer ist es, sich zum Austrag dieser Gegensätze so stark zu machen, wie sie können, wie auch wir unausgesetzt bemüht sind, durch Zusammenfassung aller Kräfte die Macht der Arbeiterklasse unüberwindlich zu gestalten. Trotz dieser Gegensätze haben aber Arbeiter und Unternehmer das gemeinsame Interesse an der Förderung des Gewerbes. Um es nach Möglichkeit vor Erschütterungen zu bewahren, werden Tarifverträge abgeschlossen, und im Wesen des Tarifvertrages liegt die Tendenz, dessen Geltungsbereich möglichst weit, also über das ganze Reich zu erstrecken.

Von Herrn Mittelhaus weiß man, daß er gern seine eigenen Wege geht. Die Erträge, die er in seinem engeren Gebiet erzielt hat, mögen ihm in der Auffassung festigen, daß seine Methoden die besten sind. Es bleibt abzuwarten, ob er unter den Unternehmern des Holzgewerbes Schule gemacht hat. Die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat beschlossen, den Reichstarif zu kündigen. Wir werden also in absehbarer Zeit zu neuen Verhandlungen zu kommen, und dann wird sich zeigen, ob es die Absicht der Unternehmer ist, das System des Reichstarifs auszubauen, oder ob sie ein neues Prinzip zur Geltung bringen wollen. Unseren Verband wird man, gleichviel welche Pläne die Unternehmer verfolgen, auf dem Posten finden.

Soziales.

Die Erhöhung der Getreidepreise.

Die Voraussetzung für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens ist der Abbau der Preise, der bei den Konsumstoffen allgemein war. In der Theorie ist in der Hinsicht alle Welt einig, in der Praxis ist aber davon wenig zu spüren. Zwar heißt man in den Zeitungen viel von eingetretenen Preisrückgängen, aber im Kleinhandel merkt man wenig davon. Wenn, wie bei Eisenwaren und Schuhwaren, tatsächlich ein Preisrückgang eingetreten ist, so hat der für die breite Masse der Verbraucher wenig zu bedeuten, denn die Preise waren so wahnwitzig hoch, daß die Waren auch nach der erfolgten Preisrückgänge noch unerträglich sind.

Dem notwendigsten Nebenbedingung darüber hat die Regierung gehandelt durch die erfolglose Festlegung der Getreidepreise. Durch und durch die Ermanglung der Landwirtschaft kann man sich vorstellen, daß die Landwirte im allgemeinen nicht gerade reich sind. Sie konnten ihre Ernte nicht verkaufen, und es blieb ihnen nur ein Weg, um wenigstens etwas zu verdienen, wie das jetzt geschehen ist, nämlich die Ernte zu verkaufen.

Als das Getreide 1919 war der Preis der Tonne Roggen auf 140 M. festgesetzt worden, das bedeutete eine Steigerung um 21 Prozent gegenüber dem Jahre 1918. Der Weizenpreis wurde auf 150 M. für die Tonne festgesetzt. Der Hafer war von der bezugsfähigen Ernte betroffen worden. Die Preise sind im allgemeinen zu ähnlichen Höhen gestiegen.

Die Preise für Getreide sind durch eine Vereinbarung vom 11. März vorläufig festgesetzt, die den Preis für Tonne Roggen auf 120 M., für Tonne Weizen auf 130 M. und für Tonne Hafer auf 140 M. festsetzt. Diese Preise sind gegenüber den vorjährigen Preisen um 20 bis 25 Prozent niedriger. Durch eine Vereinbarung vom 11. März für die Ernte 1920 sind die Preise für Tonne Roggen auf 110 M., für Tonne Weizen auf 120 M. und für Tonne Hafer auf 130 M. festgesetzt worden. Diese Preise sind gegenüber den vorjährigen Preisen um 20 bis 25 Prozent niedriger.

Gerste und Hafer sollen 50 M. weniger, Weizen dagegen 140 M. mehr kosten als Roggen. Zu diesen exorbitanten Preisen sollen dann noch besondere Erhöhrungsprämien gewährt werden.

Diese ganz ungeheuerliche Preiserhöhung wird vom Reichsernährungsminister begründet mit dem Hinweis auf die Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion. Wenn man dieser Begründung glauben darf, dann entsprechen die neuen Preise nicht einmal den erhöhten Produktionskosten. Würde die, freilich auf sehr zweifelhafter Art, errechnete Produktionskostensteigerung voll angerechnet, dann müßten die Preise noch um 150 M. höher sein. Von Sachverständigen wird die Erhöhung der Erzeugerlöhne in dieser Höhe entschieden bestritten, und auch die neuen Getreidepreise werden als viel zu hoch bezeichnet. Selbst aus landwirtschaftlichen Kreisen Deutschlands werden Stimmen laut gegen die festgesetzten Preise. Ganze Landwirtschaftsvereinigungen bezeichnen die neuen Getreidepreise als zu hoch, und der Führer der bayerischen Bauernschaft, Dr. Heim, hat kürzlich im Reichstag erklärt, daß sogar der obengenannte Mindestpreis für Weizen herabgesetzt werden kann.

Die Regierung hat aber weder diese Worte der Landwirte noch die Warnung der Gewerkschaften beachtet, sondern die Getreidepreise nach dem Wunsche der Großagrarien festgesetzt. Die Folge dieser Preiserhöhung wird eine weitere allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten sein. Zwar hat der Reichsernährungsminister erklärt, daß wegen der Erhöhung der Getreidepreise eine Brotpreiserhöhung nicht eintreten würde. Glauben hat diese Erklärung in der Öffentlichkeit aber nicht gefunden. Es ist ganz unmöglich, daß die Kosten der Preiserhöhung vom Reich getragen werden können. Aber wenn es auch geschehen könnte und würde, müßten diese Wucherpreise aus Steuermitteln gezahlt werden. Das wäre dann freilich keine direkte, aber eine indirekte Brotpreiserhöhung. Das Endergebnis aber ist immer, dem hungernden Volke wird es genommen, um es den Agrariern zu geben. Das ist eine Wirtschaftspolitik, die uns immer tiefer ins Elend stürzt.

Die Wirkung die Erhöhung der Getreidepreise auf das Wirtschafts- und Staatsleben haben wird, läßt sich heute mit Sicherheit noch nicht sagen. Eins aber ist schon heute gewiß: die Arbeiterklasse wird am schwersten von dieser Wucherpreispolitik betroffen werden. Die Agrarier brauchen um ihre wirtschaftliche Existenz nicht zu bangen, für sie wird gesorgt. Ihr Hinweis, daß die Produktionskosten gestiegen seien, wird von der Regierung sofort aufgegriffen, und diese angeblich so starke Steigerung der Produktionskosten wird als Grundlage für die Preissteigerung genommen. Warum wendet man nicht das gleiche Verfahren für die Bemessung der Löhne der Arbeiter an? Es geht die Sage, daß im Reichsarbeitsministerium eine Statistik über die Lebenshaltungskosten geführt werde, die als Grundlage für die Lohnbemessung genommen werden sollte. Von den Ergebnissen dieser Statistik hat man noch nichts gehört. Die Vermutung liegt nahe, daß die Veröffentlichung nur deshalb unterbleibt, weil sie beweisen würde, daß die Löhne viel zu niedrig sind.

Bei dem im Frühjahr festgesetzten Preis von 500 M. für die Tonne Kartoffeln, das sind 25 M. für den Zentner, ist es geblieben. Im Vorjahr betrug der Höchstpreis nur 125 M. Auch diese Preissteigerung ist eine Unannehmlichkeit, und der Kartoffelpreis wird von vielen Landwirten selbst als Wucherpreis empfunden. So haben die Landwirte in Lippe und der Geseher Heide, ebenso auch in anderen Gegenden, den Kartoffelpreis von 25 auf 15 M. herabgesetzt. Das ist der Weg, der zur Gesundung der Verhältnisse führt, und daß er gangbar ist, beweisen die Taten einsichtsvoller Landwirte. Es ist Pflicht der Regierung, diese Kreise der Landwirtschaft in ihrem Streben nach einem Abbau der Preise zu unterstützen. Nur dann dient sie dem Gemeinwohl.

Unsoziales aus einem Ministerium für soziale Fürsorge.

Nach der Auflösung der Demobilisierungsstelle für Südbayern hat das Ministerium für soziale Fürsorge dessen Funktionen übernommen, und es entwickelt dabei Eigenschaften, die nicht gerade von tiefer sozialer Einsicht zeugen. Davon können unsere Kollegen in Augsburg erzählen. Sie hatten Anfang April 50 Prozent Leistungszulage gebordert. Verhandlungen mit dem Schlichterverband verliefen ebenso ergebnislos wie früher die zentralen Verhandlungen in Berlin. Am 27. April waren wieder örtliche Verhandlungen, und die Kollegen nahmen die ihnen gebotenen 15 Prozent für Facharbeiter und 10 Prozent für Hilfsarbeiter als Abschlagszahlung auf das Ergebnis der zentralen Verhandlungen an. Mitte Mai wurde für Bayern in München verhandelt; wiederum ergebnislos. Nun riefen die Kollegen den Schlichter aus, und sie erhielten hier einen Schlichterspruch, der ihnen eine Zulage von 35 Prozent für Arbeiter über 20 Jahre und 20 Prozent für solche unter 20 Jahren brachte. In der Begründung dieses Schlichterspruchs wurde ausgeführt, daß die Zuständigkeit des Schlichterentschlusses nicht angefochten worden sei. Sie sei aber von Amts wegen geprüft worden. Dabei seien die Bestimmungen des Reichstarifvertrages in Betracht gezogen worden. Die dort vorgesehenen Schlichtungseinrichtungen sind in Anspruch genommen worden, haben aber kein Ergebnis erzielt. Deshalb mußte bei Anwendung des § 20 Abs. 2 der Verordnung über die Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 der örtliche Schlichterentscheidungsorgan als zuständig angesehen werden.

Der Schlichterspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt mit der Begründung, daß der Schlichterentscheidungsorgan nicht zuständig sei, obwohl, wie aus der Begründung hervorgeht, sie vorher die Zuständigkeit nicht angezweifelt hatten. Unsere Kollegen hörten sich deshalb auch an dem Einspruch nicht und stellten am 31. Mai den Antrag, den Schlichterspruch für verbindlich zu erklären.

Manche traut das Ministerium für soziale Fürsorge in Funktion. Es hat zunächst nichts, und es ließ sich dabei auch durch wiederholte diplomatischen nicht lösen, als aber zwei Monate ins Land gegangen waren, ließ es doch etwas von sich hören. Zwar gab es die beantragte Verbindlichkeitsklärung nicht heraus, aber es fehte neue Einzelverhandlungen auf dem 27. Juli an. Diese Verhandlungen konnten nur den Zweck haben, den Arbeitgebern etwas abzugewinnen. Tatsächlich erklärten auch die Unternehmer, nichts bewilligen zu können.

Die Entfaltung unserer Augsburger Kollegen über diesen Ausgang der Aktion ist begreiflich. Im April haben sie Forderungen gestellt, der Schlichterspruch billigt ihnen die Zulagen ab 1. Mai zu, und Ende Juli wird erklärt, daß man ihnen überhaupt nichts geben könne. Die Kollegen sind doppelt geprellt, denn wären sie in den Streit getreten, dann hätten sie, wie die Kollegen an den anderen Orten, auf Grund der Leipziger Vereinbarung die 35 Prozent erhalten. Daß ihnen jetzt die Zulage vorenthalten wird, müssen sie als eine Strafe dafür empfinden, daß sie in der Hoffnung auf eine friedliche Verständigung davon abgesehen haben, in den Streit zu treten. Sie werden die Konsequenzen daraus ziehen. Wir müssen dem Gauvorsitzer, der uns diese Tatsachen mitteilt, durchaus zustimmen, wenn er sagt, daß das Ministerium für soziale Fürsorge mit solchen Praktiken die Arbeitsfreudigkeit nicht fördert.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 32. Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig geworden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorsitzende.

Die Zentralkommission der Bildhauer.

ersucht alle Sektionen um Einfindung von Material über die Kunstgewerblichen Fachschulen, um geeignete Schritte gegen die Beschäftigung von Schülern für private gewerbliche Zwecke unternehmen zu können. Es ist das ein Beschluß der Branchenkonferenz in Erfurt. — Das Protokoll der Konferenz gelangt demnächst zur Versendung.

H. Evers,

Berlin-Friedrichsfelde, Berliner Straße 93.

Zentralkommission der Bergolder.

Nachdem unsere Branchenkonferenz Köln als Sitz der Zentralkommission bestätigt hat, haben die Kölner Kollegen in einer Mitgliederversammlung die Wahl der Zentralkommission vorgenommen. Es wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt und der Unterzeichnete als Vorsitzender bestimmt. Sämtliche Zuschriften sind an die untenstehende Adresse zu senden. Die Branchenkonferenz hat u. a. beschlossen, daß die Kollegen allerorts Sektionen bilden sollen zur besseren Wahrnehmung der Interessen aller Kollegen und Kolleginnen. Wir bitten, diesem Beschlusse überall nachzukommen. Auch alle anderen Beschlüsse sind zu beherzigen und durchzuführen. Wir hoffen, daß die Zentralkommission die versprochene Unterstützung aller Kollegen erhält, damit sie das leisten kann, was von ihr erwartet wird und im Interesse des Berufs notwendig ist.

Die Zentralkommission.

J. A. Wilh. Quetting, Köln, Stolzestraße 14.

Aus der Sägewerkindustrie in Süd-Ostpreußen.

Von einer Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen war vor dem Krieg in diesem Jahr durch die Abstimmung am 11. Juli mehr der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Stückchen Erde keine Rede. Die Herren Sägewerksbesitzer waren unbestrittene Herrscher und Könige in ihren Betrieben.

Nach der Revolution hat sich dieses geändert. Die Arbeiter dieses Berufes erkannten, daß diese Zustände menschenunwürdig sind, und sie versuchten durch die zuständige Organisation, den Deutschen Holzarbeiter-Verband, alles das zu regeln, was sie im Laufe von Jahrzehnten verfaumt hatten. Aber auch das Unternehmertum sah sich eine Organisation, die sich „Arbeitgeberverband der Sägewerks-Industrie Süd-Ostpreußen“ nennt.

In langen, schwierigen Verhandlungen ist es dann gelungen, die Arbeitszeit und die Löhne zu regeln. Um Wenige wurde erbittert gekämpft, selbst im Zeichen der Hochkonjunktur. Anders sollte es werden, als die Krisis auch hier ihre Schatten verbreitete. Obwohl viele Mitglieder der Unternehmerorganisation zugestehen, daß es bei den augenblicklichen Löhnen dem Arbeiter unmöglich ist, auch nur annähernd seine Bedürfnisse zu befriedigen, und sie gewillt sind, annehmbare Zugeständnisse zu machen, duldet es ihre Organisation nicht. Die Ausspernung am 11. Juni scheint eine Generalprobe gewesen zu sein, um zu prüfen, wieweit man den wahrhaft fargen Lohn der Arbeiter durch Gewaltmaßnahmen abbauen kann. Doch nicht die Lohnfrage allein spielte hierbei eine Rolle, noch andere Momente kommen in Betracht. Betriebsräte, Vertrauensleute des Verbandes, Betriebsversammlungen, Verweigerung von Überstunden und Schichten, Verhinderung willkürlicher Entlassungen und Lohnabzüge, das alles scheint die Unternehmer veranlaßt zu haben, gegen unseren Verband Sturm zu laufen. Trotzdem dieses der einzelne Unternehmer aus sich heraus schon macht, so läßt das planmäßige Vorgehen auf der ganzen Linie darauf schließen, daß dieser Kampf von einer Zentrale dirigiert wird.

Ein Zufall ist es nicht, daß fast in allen Orten unseren Kollegen zugeschliffert wird: „Eure Organisation sorgt nicht genug für euch“; daß man unsere Kollegen, wenn sie aus dem Verband austreten, in gehobene Stellung bringen will, daß man ihnen Mehl, Holz und billigere Wohnung verspricht, daß man versucht, „Werkorganisationen“ zu schaffen, daß man ihnen vorkauft, es genügt, wenn der Unternehmer allein organisiert ist. Und wo der Zweck auf diesem Weg nicht erreicht wird, versucht man durch Gewaltmaßnahmen, die angebliche Ohnmacht des Verbandes unseren Kollegen reaktiv vor Augen zu führen. Betriebsräte und Vertrauensleute der Organisation werden auf das Pflaster geworfen; Schlichtersprüche von Schlichtergerichten und Schlichterentschlüssen werden nicht eingehalten; Arbeiterentlassungen werden ohne Anhörung des Betriebsrates vorgenommen, und der darauf vorstellig werdenden Betriebsräten erklärt man, sie hätten „gar nichts“ zu sagen. Und — wenn auch dieses nichts hilft, versucht man, den erwachten Geist des Arbeiters in den Sumpf des reaktionären Publiques herabzudrücken. Man läßt dem Arbeiter auf eigene Kosten schmutzig-widerliche, reaktionäre Blätter in das Haus schicken. Nicht außen den Anschein erweckend, als ob man für sein geistiges Wohl und

Seine Fortbildung das größte Interesse habe. Nachdem auch dieses nichts hilft, empfiehlt man den Arbeitern christliche oder sonstige — „Gewerkschaften“. Zum Schluss sei noch erwähnt, daß bei diesem Kampf die in Gott empfohlenen christlichen „Gewerkschaften“ öffentliche Einrichtungen benutzen, um Hand in Hand mit dem Unternehmertum gegen uns anzukämpfen.

Das sind die Zeichen der Zeit in Süd-Ostpreußen. Doch an dem eisernen Willen der Arbeiter wird eure Macht zerschellen. Wenn ihr auch, einem Heuschreckenschwarm gleich, mit euren Trabanten die Sonne zu verfinstern sucht, sie bricht sich doch Bahn.

Euch aber, Kollegen, von den Schneidmühlen auch in anderen ebenso zurückgebliebenen Gegenden sei gesagt: Wollt ihr nicht zu den alten Zuständen zurückkehren, dann bleibt treu eurer Organisation. Wollt ihr nicht, daß der Unternehmer im Betrieb schaltet und waltet, wie es ihm beliebt, wollt ihr nicht, daß er euch die Löhne diktiert, wollt ihr nicht, daß er euch die Arbeitszeit festsetzt, wollt ihr nicht, daß ihr jede Stunde ohne weiteres entlassen werdet, wollt ihr nicht, daß man euch wie bisher bloß als Arbeitstier behandelt, dann sorgt dafür, daß auch der letzte noch fernstehende Kollege dem Verband zugeführt wird, damit wir in geschlossener Front dem offenen und verstockten Kampf der Unternehmer entgegenzutreten können. D.

Korrespondenzen.

Bruchsal. In einer Versammlung am 16. Juli hielt unser Gauvorsitzer Göttfried einen lehrreichen Vortrag über die Wirtschaftslage im Holzgewerbe und dessen Gefundung. — Bei der Firma Schroff wird teilweise nur noch zwei Tage in der Woche gearbeitet. Dagegen hat die Sägewerksindustrie noch einen guten Geschäftsgang. Leider fehlt es hier manchmal am Zusammenhalt der Kollegen; die Folge davon ist, daß sie hier und da um die Löhne geprellt werden. Anstatt den Lohn voll zu verlangen, lassen sich die Kollegen auf einen Vergleich ein und werden dann doch noch kurzerhand auf die Strafe geworfen. Organisiert sind alle Kollegen, aber noch fehlt ihnen Selbstbewußtsein und Sicherheit im Auftreten gegen die Unternehmer. Darum, besucht die Versammlungen, damit Auffklärung unter die Kollegen kommt.

Freiberg i. Sa. In der Generalversammlung des neu-geschaffenen Zahlstellenbezirks am 24. Juli erstattete der Geschäftsführer, Kollege Diebler, den Vierteljahrsbericht, der die Zustimmung aller Delegierten fand. Zu der Kündigung des Lohnabkommens des Sachsenvertrages durch die Unternehmer wurde zum Ausdruck gebracht, daß an einen Abbau der Löhne jetzt nicht zu denken sei, denn der jetzige Lohn reiche nicht einmal aus, um die Lebensunterhaltungskosten zu decken.

Gaffeln. In den Maschinenfabriken, wo die meisten Kollegen beschäftigt sind, haben zahlreiche Entlassungen stattgefunden, und trotzdem wurden bis jetzt nur 22 Stunden gearbeitet. Die Geschäftslage scheint sich aber wieder zu bessern. Leider hat diese ungünstige Zeit für uns nicht die aufrechte und überzeugte Kollegenschaft gefunden, die notwendig ist, um den Verband schlagfertig zu erhalten. Die Ortsverwaltung erwartet, daß alle Kollegen an den Verbandsarbeiten regen Anteil nehmen, die Versammlungen geschlossenen besuchen, damit wir auch in Zukunft in der Lage sind, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Hersfeld. Die Revolution hatte auch den Kollegen unserer Zahlstelle gelehrt, daß sie einzig zusammenstehen müssen im Verband; wenn sie gute Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwingen wollen. Heute haben manche Kollegen, und besonders unter den Holzschneidern, nicht mehr das volle Pflichtbewußtsein gegen den Verband. Sie scheinen vergessen zu haben, was der Verband für sie geleistet hat. Als sie 1919 zum Verband kamen, hatten sie einen Lohn von 50 Pf., heute beträgt der Lohn 3 Mk. pro Stunde. Leider läßt der Stillstand des Gewerbes jetzt neue Lohnbewegungen nicht in dem Umfang zu, wie wir es die letzte Zeit gewöhnt waren. Das darf natürlich kein Grund sein, sich beiseite zu stellen, sondern jetzt muß erst recht thätig mitgearbeitet werden an den Verbandsarbeiten. Merken die Unternehmer, daß es in unseren Reihen zu wanken anfängt, dann werden Lohnkürzungen nicht lange auf sich warten lassen. Soll das nicht eintreten, dann muß auch jetzt jeder Kollege seinen Mann stehen. Auch die Versammlungen müssen besser besucht werden. Die jüngeren Kollegen sollten bedenken, daß unsere Verbandsarbeit doch vor allem ihnen als den Trägern der Zukunft gilt. Wir hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, alle Kollegen zu veranlassen, gemeinsam, einig und selbstbewußt an den Verbandsarbeiten teilzunehmen, zum Wohl unser selbst und unserer Familien.

Köln. In der Generalversammlung am 15. Juli wurde der Geschäfts- und Kassenbericht für das zweite Vierteljahr erstattet. Die Verichtszeit stand im Zeichen der Krise, hauptsächlich in der Möbelindustrie. Die Arbeitslosigkeit war mit 2063 gemeldeten Arbeitslosen um 1154 Tage höher als in den vier vorhergehenden Vierteljahren zusammen. Von dieser Tatsache war unsere Tätigkeit stark beeinflusst. Lohnbewegungen wurden acht erledigt mit 4753 Beteiligten, wovon 3043 Mitglieder unserer Organisation waren, darunter 249 weibliche und 49 jugendliche. Alle Lohnbewegungen wurden auf dem Verhandlungsweg erledigt, teils unter Zuhilfenahme des Schlichtungsausschusses und des Demobilisierungskommisars. Im letzteren Falle zwecks Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für das Bergolbergergewerbe, die Sägewerksbetriebe und die Steinbildhauer. Diese Lohnbewegungen brachten eine durchschnittliche Lohnerhöhung pro Kopf und Woche von 60 Pf. für männliche, 40 Pf. für weibliche und 13 Pf. für jugendliche Arbeiter. In 16 Fällen Ferien sowie wegen Statteinhaltung festgesetzter Bestimmungen wie das Gewerbegebiet wegen Nichtgewährung der den Reichstarif anreuen. In der Ferienfrage wurden die Arbeitgeber in allen Fällen vernünftig, die tariflichen Bestimmungen einzuhalten. In der Bewegung waren beteiligt: die Holzarbeiter der Holzindustrie, Büchsenbranche, Sägen, Möbel- und Maschinenbau, Kartoffellegger, Bergarbeiter, Pfeifenfabriken, Zersetzungsbranche, Paraden, Metallarbeiter und die Bildhauer der Steinbranche. Der Gewerbeinspektion mußten wir einige Anzeigen wegen dauernder Beschäftigung des Maschinenlagers übermitteln. Leider gehen hierin manche Kollegen den Arbeitgebern gegenüber nicht den nötigen Mut. Auch der Kassenbericht gab ein Spiegelbild der niederschlagenden Konjunktur. Es wurden

50 482 Beiträge, oder 1134 weniger als im ersten Vierteljahr, verkauft, obwohl die Mitgliederzahl um 208 gestiegen ist und am Vierteljahresabschluss 5551 betrug. Der geringere Markterfolg ist zum Teil auf die verkürzte Arbeitszeit zurückzuführen, indem sehr häufig nur alle 14 Tage ein Beitrag gezahlt wird. Durch Beschluß einer früheren Generalversammlung beträgt der Beitrag 5 Mk., und ist dieser Beschluß auch allseitig durchgeführt worden.

Ludau (Lausitz). (Korbmacher.) Die hiesige Weidenbau- und Verwertungsgenossenschaft vergrößert ihren Betrieb und hat eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen neu eingestellt, die alle Mitglieder des Verbandes geworden sind. Die Einigkeit wird leider gestört durch den törichtesten Streit zwischen gelernter und ungelerneter Korbmachern. Den Nutzen davon hat der Unternehmer. Es wird höchste Zeit, daß die Kollegen das Unwürdige ihres Verhaltens einsehen. Nur Einigkeit und Geschlossenheit kann uns vorwärtsbringen. Eigenbrödelerei und das Beharren auf rückständigen Ansichten führen uns ins Verderben.

Schönheide. Der Monat Juli hat eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage gebracht. Die Vollbeschäftigung ist in der Büchsenindustrie nur noch vereinzelnd vorhanden. Bedeutende Fallissements einer früheren soliden, zahlungsfähigen Kundschaft haben die hiesige Büchsenindustrie erheblich in Mitleidenschaft gezogen. In Verbindung mit dem Preissturz der auf Lager befindlichen, zu teuren Preisen eingekauften Rohstoffe, werden einige Firmen, wenn nicht am Weiterbestehen gehindert, so doch von großen Erschütterungen befallen. Aufträge sind trotz herabgesetzten Preisangebots nur in geringem Umfang vorhanden. Die größte Firma am Platze, Ed. Flemming u. Co., schloß den Betrieb auf vorläufig 14 Tage. Für den kommenden Monat haben wir mit einer Steigerung der Arbeitslosigkeit zu rechnen. — Die Tischlerei ist noch voll beschäftigt. — Die Musikinstrumentenfabriken haben für unbestimmte Zeit die Vollbeschäftigung wieder aufgenommen. Einer dieser Betriebe soll zum Teil für den Säurebau umgestellt werden. — In den Sägereien ist es bei der Betriebseinschränkung geblieben.

Unsere Lohnbewegung.

Lohnverhandlungen für das bayrische Sägewerke.

Nachdem im Juni das Lohnabkommen vom April bis zum 1. August verlängert worden war, fanden am 23. Juli wiederum Verhandlungen über die Lohnfrage statt. Unsere Kollegen forderten eine Lohnzulage, während die Unternehmer einen Lohnabbau von 10 Prozent mindestens für die Lebigen verlangten. Da zwischen den Parteien eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde unter dem Vorbehalt eines Vertreters des Ministeriums für soziale Fürsorge weiter verhandelt. Auch hier beharrten die Unternehmer auf einem Abbau der Löhne. Mit Rücksicht auf die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse mußten unsere Kollegen sich schließlich mit der Verlängerung des Lohnabkommens bis auf weiteres zufriedengeben. In bezug auf die Ortsklasseneinteilung wurde vereinbart, daß Unebenheiten in der Orts-einteilung durch die örtlichen und die zentrale Schlichtungskommission auszugleichen sind.

Verlängerung des Harzer Sägewerkes.

Bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Harzer Sägetarifs waren die Unternehmer eifrig bemüht, die Löhne abzubauen. Zunächst verlangten sie einen Abbau um 20 Prozent, später gingen sie auf 10 Prozent zurück, hiervon wollten sie unter keinen Umständen abgehen. Schließlich wurde vereinbart, daß die Tariflöhne bis zum 15. September weiter gezahlt werden, der Vertrag selbst wurde verlängert bis zum 1. Dezember dieses Jahres. Für einige Orte findet eine Nachprüfung der Klasseneinteilung statt, und im September sollen neue Verhandlungen über einen neuen Vertrag stattfinden.

In Amberg ist den verheirateten Kollegen durch Schieds-spruch eine weitere Lohnerhöhung von 10 Prozent zugesprochen worden.

In Oldesloe (Ostpreußen) streifen alle Kollegen und Kolleginnen um eine Erhöhung ihrer Stundenlöhne, die bisher 1,20 bis 1,50 Mk. betragen, durchzuliegen.

In Stettin haben die Korbmacher eine Vereinbarung getroffen, die eine Lohnerhöhung von 30 Prozent bringt.

Ausland.

In Oldenzaal in Holland ist es den Stokarbeitern gelungen, den vom Niederländischen Möbelarbeiter-Verband vereinbarten Landesvertrag zur Anerkennung zu bringen. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, jedoch besteht Aussicht, die 45-Stunden-Arbeitswoche in aller nächster Zeit schon durchzuführen. Der Lohn, die Ferien, Unterstützung bei Krankheit mit 70 Prozent vom Lohn usw. sind entsprechend dem Landesvertrag geregelt. Dieser Erfolg der Organisation wurde gefördert durch die Solidarität der deutschen Kollegen, indem sie Holland während der Sperre streng mieden. Nunmehr ist die Sperre aufgehoben, eine Arbeitsaufnahme darf aber nur durch Vermittlung des Zentralarbeitsnachweises der Zentral-kommission der deutschen Kollegen erfolgen.

Aus der Holzindustrie.

Die Aufteilung des Gaues Danzig.

Die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles über die zukünftigen Grenzen Deutschlands haben uns genötigt, unsern Gau Danzig aufzulösen. Das Gebiet östlich des Memelstromes ist von Deutschland losgelöst und harret noch seines zukünftigen staatlichen Geschicks. Der nördliche Teil der Provinz Westpreußen wurde als Freistaat Danzig zu einem selbständigen Staat gemacht, welcher angeblich unter dem Schutze des Völkerbundes stehen soll, in Wirklichkeit jedoch der Willkür der polnischen Staatsleiter ausgesetzt ist. Der größte Teil der Provinz Westpreußen mit der südöstlichen Spitze Ostpreußens sowie fast der ganze Regierungsbezirk Bromberg wurden als sogenannter polnischer Korridor dem neuen Polenstaat zuerkannt. In weiteren großen Teilen Ost- und Westpreußens mußte die Bevölkerung erst durch Volksabstimmung den Beweis erbringen, daß sie zu 97 Prozent ihr Verbleiben beim deutschen Volk verlangte.

Unser Gau Danzig, mit einem beholbten Gauvorsitzer an der Spitze, wurde mit Beginn des Jahres 1903 eingerichtet. Er umfaßte die beiden Provinzen Ost- und Westpreußen sowie die Regierungsbezirke Bromberg und Köslin. In dem räumlich großen Gebiet war die Zahl der Verbandsmitglieder anfangs äußerst bescheiden. Obwohl die Zahl der organisationsfähigen Holzarbeiter rund 40 000 beträgt, hatten wir am Schluß des Jahres 1902 in 11 Zahlstellen nur 1046 Mitglieder. Hier in dem Dorado der Junker und Pfaffen war es den gewerblichen und Industriearbeitern fast unmöglich gemacht, sich zu organisieren. Insbesondere in der Sägewerksindustrie, deren Betriebe zu einem großen Teil auf dem flachen Lande sich befinden, scheiterten alle Organisationsversuche an der unumkehrten Herrschaft des Arbeitgebers und der Verfolgungswut der Polizei. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist, daß noch kurz vor Ausbruch des Krieges der Polizeiverwalter in der Stadt Soldau in Ostpreußen einem Organisationsvertreter allen Ernstes erklärte, die Reichsgewerbeordnung gelte nicht für Soldau. In demselben Sinne äußerte sich bei einer Gerichtsverhandlung ein Justizrat als Vertreter des Arbeitgebers. Die Gesindeordnung war für Polizei und Arbeitgeber ein willkommenes Instrument zur Niederhaltung der Arbeiter, und diesen fehlten zum allergrößten Teil der Mut und auch der Rückhalt, um sich von diesem Druck frei zu machen. Nur sehr langsam konnte unter diesen Umständen die Entwicklung des Verbandes vor sich gehen. Die nachstehende kleine Tabelle zeigt diese Entwicklung in Zahlen.

Zahlstellen und Mitglieder am Jahresabschluss:

Jahr	Zahlstellen	Mitglieder	Jahr	Zahlstellen	Mitglieder
1902	11	1046	1914	36	1800
1906	26	2757	1915	34	1540
1908	32	2422	1916	34	1617
1910	36	2881	1917	31	2488
1912	40	4615	1918	30	7159
1913	44	4798	1919	83	13884

Der Ausbruch des Krieges machte dem langsamen, aber stetigen Wachstum des Verbandes, wie überall, auch im Gau Danzig zunächst ein Ende; erst im Jahre 1916 begann die Mitgliederzahl wieder langsam zu steigen. Die politischen Umwälzungen im November 1918 brachten auch hier ein starkes Anwachsen der Mitgliederzahl. Doch nach dem ersten Ansturm machte sich bereits in der Mitte des Jahres 1919 wieder eine gewisse Stagnation bemerkbar. Das Bekanntwerden der Bestimmungen des Friedensvertrages lähmte die Agitation. Mitte Januar 1920 begann die Besetzung der abzutretenden Gebiete durch polnische und Entente-truppen, und gleichzeitig wurden die Abstimmungsgebiete unter die Verwaltung des Obersten Rats in Paris gestellt und ebenfalls mit Entente-truppen besetzt.

Wenn auch durch diese Besetzungen unsere Tätigkeit in dem Abstimmungsgebiet sowie auch im Memel- und Freistaatsgebiet Danzig nur wenig beeinflusst wurde, so verursachte dennoch die Teilung des Gaues in zwei räumlich über 100 km voneinander liegende Teile, wie sie durch den polnischen Korridor geschaffen wurde, und trotz des Verlustes an Zahlstellen und Mitgliedern eine erhebliche Mehrarbeit, die selbst durch die Aufstellung eines zweiten beholbten Gauvorsitzers, welche im Oktober 1919 erfolgte, nicht bewältigt werden konnte.

Unter diesen Umständen mußte der Verbandsvorstand an eine andere Gaueinteilung denken, welche den Veränderungen der Landesgrenzen Rechnung trug. Dieses konnte nur durch die Aufteilung des Gaues geschehen. Verbandsvorstand und Gauvorstand einigten sich dahin, ab 1. August 1920 den östlich des polnischen Korridors liegenden größeren Teil als selbständigen Gau Ostpreußen zu errichten, dagegen die westlich des Korridors liegenden Orte zwischen den beiden Gaueen Brandenburg und Stettin aufzuteilen.

Wir hoffen, daß nunmehr, nachdem diese Neuregelung erfolgt ist, die Kollegen in allen Zahlstellen wieder mit ganzer Kraft an der weiteren Ausbreitung und dem inneren Ausbau des Verbandes arbeiten werden. Das Unternehmertum, das hier im Osten wohl am widerwilligsten sich in die neuen Verhältnisse gefügt hat, wird auch mit an erster Stelle stehen, wenn es gilt, der Arbeiterkraft die Erzeugnisse auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete wieder zu nehmen. Wie sich auch die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands in der Zukunft gestalten mögen, ganz gleich auch, welche äußeren Formen der Verband durch die politischen Gestaltungen des Reichs annehmen muß, vereinigt mit den übrigen Kollegen des Reichs im Deutschen Holzarbeiter-Verband bedeuten auch die Kollegen des Ostens im wirtschaftlichen Kampf eine Macht, mit der das Unternehmertum ernsthaft zu rechnen hat. Die Kollegen des Ostens haben es selbst in der Hand, ihre Machtstellung zu verstärken und zu befestigen.

Doch nicht nur den beim Deutschen Holzarbeiter-Verband verbleibenden Kollegen rufen wir diese Mahnung zu, sie gilt auch denen, die durch den Machtpruch der Entente der Form nach von uns getrennt worden sind. Wenn uns auch die Landesgrenzen äußerlich trennen, unsere Aufgaben und Ziele sind dieselben. Darum auf zum Kampf für die Organisation der Holzarbeiter, diesseits und jenseits der Grenzen!

H. G. S. d. f. e. l. d.

Der christliche Holzarbeiter-Verband am Jahresabschluss 1919.

Nach der Abrechnung für das vierte Vierteljahr hatte der christliche Holzarbeiter-Verband am Jahresende 1919 in 454 Zahlstellen 29 001 männliche, 2376 weibliche und 1800 jugendliche, zusammen 34 177 Mitglieder. Ferner zählte der Verband noch 720 organisierte Lehrlinge. Mit dem im vierten Vierteljahr erzielten Überschuss stieg das Vermögen der Hauptkasse auf 898 000 Mk. Die Zahlstellen hatten einen Bestand von 97 000 Mk. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug demnach 995 000 Mk. Gegen das dritte Vierteljahr 1919 ist das eine Zunahme von 130 000 Mk.

Aus der Möbelindustrie in Schweden.

Auf die Anfrage eines Kollegen über die Lage in der Möbelindustrie in Schweden und die Aussichten für etwa einwandernde Deutsche hat der Vorstand des Schwedischen Holzarbeiter-Verbandes mit einem ausführlichen Schreiben geantwortet, das uns von dem Empfänger zur Verfügung gestellt wird. Da es sich um eine Angelegenheit handelt, die weitere Kreise unserer Kollegen interessieren dürfte, geben wir den wesentlichen Inhalt des Schreibens wieder.

Der Geschäftsgang in der Möbelindustrie ist nicht günstig und die Unternehmer suchen die Löhne niedrig zu halten. Der Verbandsleitung ist es bekannt, daß die Unternehmer Agenten im Ausland unterhalten, um Sacharbeiter nach Schweden zu dirigieren; sie wollen so einen Druck auf die einheimischen Arbeiter ausüben. Dabei liegen die Verhältnisse für die Tischler so ungünstig, daß sie schlechter entlohnt werden als ungelernete Arbeiter. In Stockholm beträgt der Lohn für Möbeltischler 1,70 bis 1,90 Kronen pro Stunde, in den meisten Fällen 1,75 Kr. (1 Kr. ist etwa 8 bis 9 Mk.), ungelernete Arbeiter werden dagegen mit 2,50 Kr. entlohnt. Die Zimmerer stehen schon seit Anfang April im Streit. Dadurch sind die Tischlereien, die Fenster und Türen herstellen, stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein Mangel an Arbeitskräften in der Möbelindustrie besteht jedenfalls nicht, und ausländischen Kollegen kann nicht empfohlen werden, nach Schweden zu kommen. Der Schwedische Verband muß im Gegenteil vor der Einreise warnen, bis sich die Verhältnisse verbessert haben.

Für die ganze schwedische Möbelindustrie bestand ein Konflikt, der sich vom 15. September 1919 bis zum 1. Februar dieses Jahres hinzog. Dabei ist es zwar gelungen, die von den Unternehmern verlangten Lohnherabsetzungen zu verhindern, aber Verbesserungen konnten nicht erreicht werden. Jetzt schweben seit April Verhandlungen zwischen dem Verband und den Arbeitgebern, bei denen es sich darum handelt, in einigen Fällen die Löhne herabzusetzen. Der Verband ist infolge der langwierigen Kämpfe geschwächt und muß alle Kräfte anstrengen, um seine Position zu wahren. Durch das Heranziehen ausländischer Arbeitskräfte wollen die Unternehmer ihre Stellung festigen. Unseren Kollegen würde dadurch eine empfindliche Konkurrenz bereitet.

Gewerkschaftliches.

Die Überführung der Reichwehrojoldaten in das Wirtschaftsleben.

Die Durchführung des Abkommens von Spa über die Herabminderung der deutschen Wehrmacht, macht es notwendig, daß in der nächsten Zeit zahlreiche Reichwehrojoldaten entlassen werden und in das Wirtschaftsleben eingegliedert werden müssen. Das wird Schwierigkeiten nicht nur wirtschaftlicher Art geben. Wie wir in der „Roten Fahne“ lesen, teilt die „Deutsche Soldatenzeitung“ mit, daß Verhandlungen mit den Gewerkschaften stattgefunden hätten. Diese stehen auf dem Standpunkt, daß keinem Reichwehrojoldaten, der jetzt zur Entlassung gelangt, aus politischen Gründen der

Eintritt in einen Betrieb verweigert werden darf. Hierzu macht die „rote Fahne“, das Organ des Spartakusbundes, in ihrer Nummer vom 29. Juli die folgende Bemerkung:

„Dieser Beschluß der Gewerkschaften wird von den Arbeitern respektiert werden müssen, so schwer es auch vielen fallen mag, in den früheren Angehörigen der Reichswehr, von denen sie in so jurchbarer Weise bekämpft wurden, wieder Klassengenossen zu erblicken. Die entlassenen Reichwehrojoldaten, die gegen die Arbeiter zu den Waffen gegriffen hatten, weil das Kapital ihnen keine Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen vermochte und sie dem Schicksal der Arbeitslosigkeit preisgegeben hätte, werden bald einsehen lernen, wie unrecht, wie sehr gegen ihre eigenen Interessen sie gehandelt haben, als sie die revolutionären Arbeiter daran hinderten, die Arbeitslosigkeit durch die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu bekämpfen. Wieder in den Betrieben, müssen die früheren Angehörigen der Reichswehr sich wieder als Proletarier fühlen lernen und durch tatkräftige Teilnahme an dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse die jurchbare Schuld zu mildern versuchen, die sie durch den Verrat an ihrer Klasse auf sich geladen haben. Sache der Arbeiter wird es sein, den entlassenen Reichwehrojoldaten durch Aufklärung diese Aufgabe zu erleichtern und sie nicht wieder in die Arme der Konterrevolution zu stoßen.“

Im Schneider-Verband hatte der Verbandstag die Einführung der Erwerbslosenunterstützung abgelehnt. Jetzt ist in einer Urabstimmung, die darüber stattgefunden hat, die Erwerbslosenunterstützung mit großer Mehrheit beschlossen worden. Von 34611 an der Abstimmung beteiligten Mitgliedern haben 24018 (69,4 Prozent) dafür und 10593 (30,6 Prozent) dagegen gestimmt. Noch größer war die Mehrheit für die anderen sozialen Unterstütlungen; hier stimmten 80,5 Prozent mit Ja und 19,5 Prozent mit Nein. Bei einem wöchentlichen Beitrag von 4,50, 3,75, 3, 2,25, 1,50, 0,75 Mk. je nach der Beitrageklasse beträgt die Erwerbslosenunterstützung nach 520 Beitragswochen 17, 15, 13, 11, 9,50 und 8 Mk. pro Woche. Die Streikunterstützung beträgt bei gleicher Beitragshöhe und Leistung 50, 44, 38, 32, 28 und 24 Mk.

Im Schararbeiter-Verband hat eine Beiratsitzung beschlossen, die Beiträge entsprechend den Stundenlöhnen bis auf 3 Mk. zu erhöhen.

Der Verband der Rotenstecher, der 48 Jahre lang als eigene Organisation bestanden hat, ist am 1. Juli in den Verband der Lithographen und Steindruckere übergetreten.

Eingesandt.

Nachfeierabendarbeit.

In der Nr. 26 der „Holzarbeiter-Zeitung“ wird gegen das Überhandnehmen der Nachfeierabendarbeit Stellung genommen und diese entschieden verurteilt. Es ist ja gegen diese Verurteilung nichts einzuwenden, denn jeder wird dieses Längerarbeiten nicht angenehm empfinden, obwohl es ja fast in allen Berufen üblich ist. Doch zur Beseitigung dieses Übels ist die Beseitigung der Ursachen erforderlich, und das sind an erster Stelle die vollkommen unzureichenden Löhne, die es dem Familienvater heute nicht gestatten, die notwendigen Lebensmittel zu kaufen, geschweige sich das geringste an Kleidung usw. zuzulegen. Bei häufig gekürzter Arbeitszeit verdient heute der Tischler bis zu 200 Mk. pro Woche, ohne Abzüge für Kranken-, Pensions-, Verbandskasse usw., so daß ihm vielleicht im Höchstfall 270 Mk. bleiben. Das Existenzminimum betrug nach Berichten der Zeitungen für eine vierköpfige Familie 370 Mk. pro Woche. Woher soll er die fehlenden 100 Mk. pro Woche nehmen? Wenn man die Nachfeierabendarbeit bekämpfen will, dann muß man zugleich die Beseitigung des Grund Übels fordern. Wir müssen für ausreichende Löhne sorgen und so die Nebenarbeit bekämpfen. Auch anstatt der Stundenlöhne sind Wochen- und Monatslöhne anzustreben, damit der Arbeiter nicht jeden Feiertag oder jede Betriebsstörung am Geldbeutel spürt. Wir müssen die Gleichberechtigung mit den Beamten verlangen. Wollen die Verbände alle die, die Nebenarbeit leisten, aus dem Verband ausschließen, so wird die Zahl der Verbandsmitglieder sich halb stark verringern. In der Not frisst der Teufel Fliegen.

Franz Reinemann. Fritz Baldmann (Essen).

Literarisches.

Das Reichseinkommensteuergesetz. Mit Einleitung und Erläuterungen von Eugen Prager. Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin O. 2. Preis 4 Mk.

Der junge Arbeiter. Ein Ratgeber für sozialistische Jugendarbeit von E. N. Müller. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugend-Bereine Deutschlands. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin, S.W. 68. Preis 3 Mk.

Ein Wanderbuch. In deutschen Seen, Flüssen und Buchten. Von Ludwig Lessen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis 7,50 Mk.

Sau Simbas Mission in Europa. Eine Negergeschichte von H. Tharow, Berlin, Buchhandlung Vorwärts. 171 S. Preis 6 Mk.

Gestorbene Mitglieder:
 Jehannsburg i. Odra. Karl Thumitz, Schneidermeister. — Ernst Grogg, Tischler.
 Wittenberg. Christoph Meier, Tischlermeister, 57 J. — Selene Drees, Tischlermeisterin, 39 J. — Karl Kollig, Tischlermeister, 43 Jahre. — Johanna Eug. Schramm, 62 Jahre. — Johann Frühinsfeld, Tischlermeister, 35 Jahre. — Anna Haslinger, Tischlermeisterin, 38 Jahre. — Andreas Chert, Wagner, 33 Jahre.
 Petersdorf i. Hg. Aug. Jander, Tischler. — Schönbühnen. Willi Schwall, Schneider, 38 J. — Waldheim i. Sa. Josef Selgel, Tischler, 41 Jahre.
 Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen der Zahlstellen

Ortsbeamter f. Mühlhausen (Thür.) gesucht!
 Zum 1. Oktober suchen wir einen Ortsbeamten. Der Kandidat wird genügtend rechtliche und organisatorische Befähigung zur selbständigen Leitung der Agitation und die Fähigkeit zur Führung von Lohnbewegungen und Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Der Solange muß mindestens fünf Jahre organisiert sein. Ferner muß der Bewerber im Maschinenbau bewandert sein und Kenntnisse für den Betrieb haben. Im Bewerbungsverfahren anzugeben, aus welchem eine selbständige Behandlung über die Aufgaben eines Ortsbeamten beizuführen. Das Gehalt richtet sich nach dem Stand der Mitbewerber. Bewerbungen sind bis zum 15. August an Kollegen: Edwin Selig, Gierstraße 17, zu richten.

Bunglau i. Schlf. Bezug nach Bunglau im fernzu treiben wollen, haben sich vorher bei Kollegen Bruno Gump. Rothlager, Straße 43, zu melden. Umgehungen sind verboten. Die Ortsverwaltung.

Karl Cheret, Tischler, geb. 13. September 1872 in Feuersch. Schönbühnen 73787, wird aufgenommen. Eine Empfehlung gegen die Zahlstelle Wittenberg unverzüglich zu erlangen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Ch. bekannt ist, werden ersucht, seine Adresse an den Schriftstellersanzug einzulassen.

Unverheirateter Kollege der Stadt- und Schreinerbranche mit 5 bis 6000 Mark als Teilhaber nach Meissen gesucht. Offerten unter A. B. 511 a. d. Exp. d. Bl.

Höhl. Furniermacher zur Bedienung zweier Sägen, Lohn aber Höflich, in dauernde, angenehme Stellung gesucht. Wohnung im Landhaus vorhanden. Gest. ausführliche Bemerkungen erbittet Max Schmarz, Sägewerke, Görlitz.

Für unsere Abt. Kassenmacher suchen wir mehrere selbständige Kassenmacher, evtl. n. Gelegentl. z. Ausb. im Planzeichnen. Schleiermacher, Seehausen & Coar, Liegnitz.

Holzwele-Maschinenmeister nach der Schweiz zu emigrieren gesucht. Derselbe muß vollständig auf Holzwele-Maschinen eingeweiht sein und gute allgemeine Kenntnisse der deutsche Sprache. Offerten mit Zeugnis an: Referenzen evtl. Photos n. 3. 4678 S. bei d. Publikations A.-G., Luzern (Schweiz).

2 Korbmacher auf Mattarbeit und Grünarbeiten gesucht für sofort. Reich. Gütz, Stendal, Hagenstraße 16.

2 Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort ein Johann Menten, Korbmacherei, Herzdorf im Riesengebirge.

Schellackkitt und Wachskitt i. div. Farben, 1 Kilo 20,— Mk. Die besten Mittel, schadh. Stellen i. Holz auszubessern. Dreherpech, 1 Kilo 13,— Mk., empf. J. Nissen, Frankfurt a. Main, Rohrbachstrasse 53.

Der beste Putzhobel, mit stets kleiner Handöffnung, 43 Mk. franco Nachnahme. Gebrauchsfertig. — Garantie! Sämtliche Tischlerwerkzeuge. Katalog gratis.

Werkzeugfabrik M. HIESSINGER, Nürnberg.

Stuhlflechtrohr? Natur, sofort lieferbar. Naturrohr Nr. 2 70 Mk., Nr. 3 67 Mk., Nr. 4 60 Mk. per Pfund. Preise freibleibend. Walther, Dresden 22, Rehefelder Str. 53.

Tischlerhohelänke 200cm lang, in best. Ausführung 550 Mk. pro Paar 80 „
 Kleine Hobelbankspindeln . . . pro Paar 20 „
 Fabelankhaken 20 „
 Lieferung kann sofort erfolgen.
 Gebr. Haase, G.m.b.H., Hobelbankfabrik, Liegnitz.

Hölzerne Schabhobel (sogenannte Bastrins), eiserne Hobelbankspindeln für Tischler- und Stuhlhauerbänke, Furnierbockspindeln, Hobelbankhaken usw. lief. sofort ab Lager.

W. Zemmrich & Sohn, DRESDEN A. 1, Josephinenstraße 22.

Werkzeug - Neuheiten
 Vergleichen Sie sofort. Preisliste.
 Otto Bergmann, Berlin S.O., Oppolner Str. 31.

Eiserne Ziehklängen-Hobel taufendfach bewährt, per Stk. 25 Mk. Von 6 Stk. an portofrei. Crf.-Eisen (Sägeblatt) 3,75 Mk., Ziehklängen, 1a Stahl, Sägeblatt 70 mm breit, 2 Stk. 5,25 Mk. Leimträger 15 Mk. Bohrtiefsteher mit Aufschieber 8 Mk. Schlangendrehler, 7-12 mm, 3,50 Mk. Amerikanisch: Schiffs-hobel, Hobelbankspindeln usw. z. billigt. Tagespreisen.
Max Walther, Dresden 2 2, Rehefelder Str. 53.

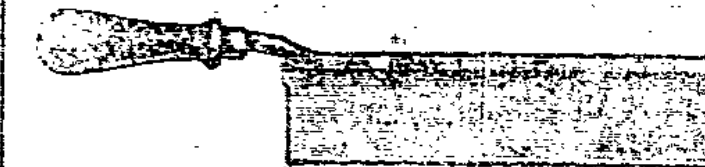
la Mattine, conc., zum Verdünnen mit Spiritus 30 Mk. p. Ltr. la Emaillelack für Küchen, Fenster und Türen . . . 24 Mk. p. kg. Chem. Fabrik Rad. Oehlke, Berlin SO 33, Lübbener Straße 1 = Amt Moritzplatz 1709.

Schöne Intarsien-Holzeinlagen für Möbel, Schränke, etc. Maxim. Weiß, Leipzig 5.

Patent — Broschüre über Selbst-Anmeldung — nur gegen Rückporto von K. Berbig, Hannover, Kuttwallstraße 5 A. Anst. d. Firmen sehr empfindlich. Werk.

Leim, Schellack kauft jeden Posten. Handlung chem. Produkte, Berlin O. 34, Wilhelm-Stolze-Str. 28. Kgst. 7317.

Alles zur Laubfägerei Kerbschnitt, Holzbrand, liefert billigst J. L. HAHN, Maxdorf 11 i. d. Pfalz. Postcheck-Konto: Ludwigshafen a. Rh. 1999. Katalog liefert für 2 Mk. franco.



Rückensäge, gerade und gekrümt, alle Größen, sowie Furnierschnitzler zu billigsten Preisen. Kollegen als Wiederverkäufer für größere Zahlstellen gesucht. GEORG REUTER, MÜNCHEN, Herzogspitalstraße Nr. 23.

Neue Preisliste für Bleistifte u. Maßstäbe

Bezeichnung	Duzend	Gros
Spezialmarke D. S. V. (Zeichenschrift) sechsantig, poliert (gelb)	Mk. 5,50	Mk. 65,—
Jedern Nr. 200, rund, natur poliert	Mk. 4,25	Mk. 50,—
Jedern Nr. 275, sechsantig, natur poliert	Mk. 4,30	Mk. 50,—
Nr. 054, oval, 20 cm lang, farbig poliert	Mk. 5,50	Mk. 65,—
Nr. 1001, flach, rot poliert	Mk. 4,—	Mk. 47,—
Nr. 1000, flach, weiß	Mk. 3,50	Mk. 41,—

Die Nummern 200 und 275 sind in den Härtegraden 2 und 3 vorrätig.

Für Maßstäbe, gelb lackiert Stück

Nr. 732a	Mit Kappen, Federn, verdeckten Nieten, Zentimeter-Einteilung auf beiden Seiten, 1 Meter lang	Mk. 5,60
Nr. 102	Mit Kappen, Federn, off. Nieten, Zentimeter-Einteilung auf beiden Seiten, 1 Meter lang	Mk. 4,75
Nr. 62	Mit Kappen, Nieten, ohne Federn, Zentimeter-Einteilung auf beiden Seiten, 1 Meter lang	Mk. 3,—
Nr. 15	Mit Kappen, offenen Nieten, Zentimeter-Einteilung auf beiden Seiten, 1 Meter lang	Mk. 3,—
Nr. 105	Mit Kappen, Federn, off. Nieten, Zentimeter-Einteilung, 2 Meter lang	Mk. 8,50
Schwindmaßstäbe, 1 1/2 und 2 1/2, 1 Meter lang, ohne Federn	Mk. 4,—	

Sämtl. Bleistifte u. Maßstäbe tragen den Aufdruck Deutscher Holzarbeiter-Verband

Lehrwerkstätte Holzschneidhölzer Wambrau

Fachschule f. Holzbildhauer, Tischler u. Möbelzeichner **Werkstattbetrieb** Vervollkommenung v. Gehilfen - Ausbild. v. Lehrlingen (Gehilfenprakt. i. d. Anstalt) - Wohnläde, Anstaltliche Bill. Wohnung u. Beköstigung - Direktor Hüllwack

Fachschule Cöthen - Abt. Stellmacher Am 1. jedes Monats beginnt ein neuer Kursus f. Techniker, Meister, Werkmeister, Kastenmacher. — Prospekt frei!

Tischlerfachschule Jimenau i. Thür. Ausbildung schnell und gründlich! Auskunft erteilt gern die Direktion.

Tischlerschule Blankenburg (Hann.) Ausbildung als Kalkulator, Werkmeister und Zeichner — Meisterprüfung Programm frei. DIR. REHNKING

Gute Unterhaltungs-Literatur

- Die Erienen, Roman von Sitter Hugo, zwei Bände. 20,— Mk.
- Östta Berlin, Roman von S. Lagerlöf. 10,50 Mk.
- Der Tunnel, Roman von B. Kellermann. 17,50 Mk.
- Harringa. Eine Geschichte aus unserer Zeit von Hermann Bonert, fürs deutsche Volk herausgegeben vom Dürerbund. 44. Auflage. 14,10 Mk.
- Der Sohn einer Magd. Von August Strindberg. 26. Auflage. 21,50 Mk.
- Andreas Bön. Bauernroman von Ludwig Thoma. 25. Aufl. 8,10 Mk.
- Die Abendruhe. Chronik eines Goldgrubers in zwölf Abenteuern. Von Bruno Wille. 22,40 Mk.
- Die Heiterkeit. Eine humoristische Erzählung von Otto Ludwig. 6,— Mk.
- Zwischen Himmel und Erde. Roman von Otto Ludwig. 8,40 Mk.
- Der Oberhof. Roman von S. Jannemann. 9,90 Mk.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin S.O. 16 - Am Köllnischen Park 2

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Wir empfehlen:
Meyers Handlexikon
 7. Auflage. Erste Friedensausgabe 1920. Etwa 7000 Stichwörter mit etwa 1300 Abbildungen auf 770 Seiten Text, zwei bunten, 28 schwarzen Tafeln u. Tafelgruppenungen und 45 farbigen u. schwarzen Karten in Halbleinwand. Preis 60 Mk.
 Berlin S.O. 16 - Am Kölln. Park 2